

II. Historisch-materialistische Politikanalyse

Die Operationalisierung materialistischer Staatstheorie
für die empirische Forschung

1. HISTORISCH-MATERIALISTISCHE POLITIKANALYSE

Wie lassen sich diese Einsichten materialistischer Staatstheorie in der empirischen Arbeit umsetzen? Wie genau lassen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die tendenziell unendlichen Akteurs- und Kräftekonstellationen mit ihren Myriaden von Handlungen, Taktiken und Strategien analytisch fassen? Ein vorläufiges Ergebnis unserer Auseinandersetzung mit diesem Problem ist die Entwicklung eines methodischen Ansatzes, den wir in Anlehnung an Ulrich Brand (2013) als *historisch-materialistische Politikanalyse* (HMPA) bezeichnen.

1.1 Materialistisch und historisch

Wir sprechen von Politik- und nicht Policy-Analyse, weil wir – obwohl es uns darum geht, Entstehung und Reproduktion von konkreten *Policies* zu rekonstruieren – einen analytischen Schwerpunkt auf die darin wirksamen macht- und herrschaftsstrukturierten Prozesse legen. Diese herrschaftsanalytische Perspektive fehlt der Policy-Forschung fast vollständig (eine Ausnahme bilden Janning 1998; siehe auch Schneider/Janning 2006: 217).¹ *Historisch-materialistisch* nennen wir unser Verfahren zur Politikanalyse, da wir von der *Materiali-*

1 | In der Policy-Analyse herrscht im Wesentlichen ein technokratisches Politikverständnis vor. Policy-Forschung analysiert Politikprozesse, um Handlungsempfehlungen an Politik, Verwaltung und Verbände zu geben (Blum/Schubert 2009: 16f.). Ihre Ausgangsfragen sind, wie politische Prozesse ablaufen und wie sich der Ablauf und die Ergebnisse verbessern lassen. Ihr *raison d'être* ist Politikberatung. Auch für die Policy-Forschung ist deshalb unsere im vorherigen Abschnitt entwickelte Kritik an der Governance-Forschung gültig: Problemlösungsbias; Verständnis des Staates als Anbieter von öffentlichen Dienstleistungen/Funktionen; Abwesenheit von Macht- und

tät gesellschaftlicher Praxis ausgehen und die kapitalistische Vergesellschaftung und den ihr innewohnenden Objektivitätsüberhang als grundlegend für die Analyse von Realität erachten. Darüber hinaus teilen wir die Grundeinsicht des Historischen Materialismus, dass dieser Überhang gesellschaftlicher Materialität zwar gegenüber den Akteur_innen eine Konstante aller bisherigen grundlegend durch Herrschaft strukturierten Gesellschaften ist, seine konkrete Ausgestaltung jedoch einem *historischen* Wandel unterzogen ist, der sich in der *Praxis* und den konkreten Auseinandersetzungen der gesellschaftlichen Akteur_innen begründet. »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« (Marx, 18. Brumaire, MEW 8: 115). Die kapitalistischen, sexistischen und ethnozentristischen beziehungsweise rassistischen Strukturprinzipien tauchen in konkreten Konflikten nicht *an sich*, nicht unvermittelt auf. Auch wenn diese Herrschaftsverhältnisse Gesellschaft strukturieren, konkretisieren sie sich in spezifischen Kräftekonstellationen, je nach Konflikt beziehungsweise Politikfeld räumlich und zeitlich unterschiedlich. Die Strukturprinzipien materialisieren sich in Institutionen, die von den gesellschaftlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen »ununterbrochen überflutet« werden (Poulantzas 2002/1978: 172).

1.2 Der Begriff der ›Hegemonieprojekte‹

1.2.1 Begriffsabgrenzung: Hegemoniale Projekte und Hegemonieprojekte

Von diesen Prämissen ausgehend ging es uns darum, eine Forschungsmethode zu entwickeln, die genau diese Kräftekonstellationen in ihrer Dynamik vermittelt mit den grundlegenden und vergleichsweise stabilen Sozialstrukturen, in den Blick bekommt. Zurückgreifen konnten wir dabei auf Ansätze, die Gramscis hegemonietheoretischen Einsichten für die Staats- und Europaforschung weiterentwickelt haben (siehe Bieling/Deppe 1996; van Apeldoorn et al. 2003; für eine ausführliche Auseinandersetzung siehe Kannankulam/Georgi 2012).

Darüber hinaus hat insbesondere Bob Jessop bereits in den 1980er und 1990er Jahren Gramscis Hegemonietheorie mit den staatstheoretischen Einsichten Nicos Poulantzas', Foucaults Diskurstheorie und regulationstheoretischen Konzepten zusammengeführt. Jessop unterscheidet innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung drei miteinander verbundene Sphären, innerhalb derer Akteur_innen darum kämpfen, ihre Partikularinteressen zu verallgemeinern, das heißt, sie hegemonial werden zu lassen. So ringen inner-

Herrschaftsbegriffen. Brand (2013) setzt sich aus materialistischer Perspektive ausführlich mit der Policy-Forschung auseinander.

halb der ökonomischen Sphäre unterschiedliche, in Konkurrenz zueinander liegende Kapitalfraktionen darum, ihre spezifischen *Akkumulationsstrategien*, verstanden als je spezifische ökonomische Wachstumsmodelle, durchzusetzen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet besteht das Problem innerhalb dieser Auseinandersetzungen darin, die unterschiedlichen Formen im Kapitalkreislauf wie Geldkapital, industrielles Kapital und Handelskapital unter der Hegemonie einer Fraktion zu ›einen‹ (Jessop 1990: 198f.). Dies umfasst, über Jessop hinausgehend, auch die spezifische Aneignung unbezahlter Arbeit in der Reproduktion, also auch die geschlechtsspezifische und vielfach rassistische Arbeitsteilung. Bezogen auf die zivilgesellschaftliche Sphäre zielen unterschiedliche soziale Kräfte darauf, ihre Interessen, die sich auf breitere gesellschaftliche Problemlagen beziehen, als *hegemoniale Projekte* durchzusetzen (ebd.: 207f.). Darüber hinaus unterscheidet Jessop hegemoniale Projekte von sogenannten *Staatsprojekten*. Staatsprojekte beziehen sich, wie oben ausgeführt, vornehmlich auf die juristisch-politischen Aspekte der Legitimation (ebd.: 219, Fn.) beziehungsweise auf die Abläufe innerhalb des staatsapparativen Gefüges. Sie zielen darauf, die miteinander konkurrierenden und konfligierenden Staatsapparate in eine halbwegs kohärente Form zu bringen und darüber hinaus die Grenze zwischen Staat und Gesellschaft zu konstituieren.

Problematisch an dieser Konzeptionalisierung ist, dass unklar bleibt, inwieweit es den verschiedenen um gesellschaftliche Führung kämpfenden ›hegemonialen Projekten‹ bereits gelungen ist, ihre Strategien durchzusetzen und so hegemonial zu werden. Tatsächlich *hegemoniale* Projekte müssen unterscheidbar sein von jenen Projekten, die Hegemonie zwar anstreben, diese jedoch nicht erreicht haben. Wir schlagen deshalb vor, die (noch) nicht hegemonial gewordenen Projekte als *Hegemonieprojekte* zu bezeichnen, um sie somit von ›erfolgreichen‹ hegemonialen Projekten unterscheiden zu können. Demnach ringen verschiedene Hegemonieprojekte im integralen Staat darum, zu hegemonialen Projekten zu werden. Hegemonieprojekte müssen nicht notwendig eine Akkumulationsstrategie oder eine konkrete Strategie zur Anordnung der politischen Institutionen verfolgen. Wir gehen aber davon aus, dass sie diese benötigen, um *gesamtgesellschaftlich* hegemonial zu werden. Neben einer Akkumulationsstrategie, einem Bezug auf das Staatsprojekt, der Einbindung anderer Akteur_innen, wird hierfür zudem ein Bezug auf die vorherrschenden institutionellen Selektivitäten benötigt (vgl. Jessop 1990: 209-211).

1.2.2 Hegemonieprojekte als Bündel von Strategien

Eine zentrale Frage ist, nach welchen Kriterien sich die verschiedenen und miteinander konkurrierenden Hegemonieprojekte voneinander unterscheiden lassen. Unser Vorschlag ist, die Vielfalt von gesellschaftlichen und politischen Kämpfen entlang jener *Strategien* analytisch zu ordnen, die Akteur_innen in dem durch die Forscherin untersuchten Konflikt verfolgen. Diese Strategien

bilden sich vor dem Hintergrund der jeweiligen Situations- und Problemanalysen (siehe unten) von Akteur_innen heraus, aus denen wiederum spezifische politische Rationalitäten zur Erreichung ihrer – auch längerfristig angelegten – Ziele resultieren. Um diese Ziele etappenweise zu erreichen, wenden die Akteur_innen bestimmte Taktiken an.

Mit dem Fokus auf Strategien wollen wir vermeiden, das Handeln von Akteur_innen ›objektiv‹ aus ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen abzuleiten. Dem entgegen können Strategien (u.a. durch Medien- oder Diskursanalysen) empirisch nachgewiesen werden. Hegemonieprojekte sind somit *begrifflich* entwickelte Abstraktionen, die zwar durchaus organisierte Bündnisse wie *Advocacy Coalitions*, *Policy Communities* oder andere bewusst hergestellte Netzwerke beinhalten können, hierin aber keinesfalls aufgehen. Entsprechend lassen sich in Hegemonieprojekten Strategien von Akteur_innen zusammenfassen, die sich teils bewusst aufeinander beziehen, sich aber auch voneinander abgrenzen und sich selbst nicht als Teil eines ›gemeinsamen Projektes‹ begreifen würden, etwa die *Noborder*-Bewegung und professionelle Flüchtlings-NGOs oder die Kapitalfraktionen des Finanzsektors und der nationalen Kleinbourgeoisie. Das entscheidende Zuordnungskriterium ist die Frage, ob die Strategien von Akteur_innen in einem Konfliktfeld signifikant übereinstimmen, ob sie eine bestimmte, gemeinsame Richtung teilen. Hegemonieprojekte sind also Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen.

Auf diese Weise wird in Hegemonieprojekten eine tendenziell unendliche Anzahl von Handlungen, Praktiken und Taktiken zahlloser Akteur_innen gebündelt und zusammengefasst. Solche Handlungen reichen von Veranstaltungen politischer Kleingruppen bis hin zur Lobbyarbeit von Kapitalverbänden, Investitionsentscheidungen und zu Gesetzesvorlagen von politischen Akteur_innen im engeren Sinne. Die Frage, ob bestimmte gesellschaftliche Projekte hegemonial werden, hängt nicht primär an den konkreten Handlungen bestimmter großer Akteur_innen, sondern vor allem davon ab, ob deren Handlungen in den hegemonialen Vorstellungen und Praxen in der Zivilgesellschaft und im Alltagsverstand konsensual verankert sind und dort eine Entsprechung haben (vgl. Bruff 2008; Brand 2011). Eine besondere Rolle bei dieser Verallgemeinerung und Aggregation der unzählbaren Handlungen, Taktiken und Strategien zu Hegemonieprojekten spielen die *Intellektuellen*. Sie verknüpfen die Teilelemente eines Projekts, rationalisieren seine Ziele und Interessen und formulieren Kompromisse in spezifischen Problemdefinitionen, Situationsanalysen und Lösungsvorschlägen, kurz, sie schaffen eine übergreifende politische Erzählung. Gelingt dies, so wird aus dem Hegemonieprojekt im Laufe der Auseinandersetzungen ein Zusammenhang, der sich zunehmend auch bewusst als ein solcher begreift. Ein Teil ihrer Wirkmächtigkeit hängt gerade davon ab, inwiefern es gelingt, die disparaten Vorstellungen davon, wie

die eigenen Ziele erreicht werden können, in einer gemeinsamen Strategie zu vereinen. Hegemonieprojekte haben somit einen Doppelcharakter: Sie sind einerseits begriffliche Konstruktionen und bilden andererseits real vorfindbare Aggregationen von Akteursstrategien ab; beide Ebenen stehen in einem durch gesellschaftliche Praxis vermittelten Artikulationsverhältnis und sind aufeinander verwiesen.

1.2.3 Hegemonieprojekte: Fraktionierungen und Dynamik

Wir begreifen Hegemonieprojekte als politikfeldübergreifende Kräftekonstellationen. Zwar weisen sie in unterschiedlichen Politikfeldern große Ähnlichkeiten auf, die verfolgten Strategien prägen sich jedoch in unterschiedlichen Politikfeldern und Konflikten spezifisch aus. Mit anderen Worten: Die Akteur_innen unterschiedlicher Hegemonieprojekte verfolgen in unterschiedlichen Konflikten spezifische Teilziele, und je nach Konflikt treten unterschiedliche Akteur_innen und Spektren der sozialen Basis der politikfeldübergreifenden Hegemonieprojekte in den Vordergrund. Es ist daher durchaus möglich, dass Hegemonieprojekte in einzelnen Konflikten in Fraktionen gespalten sind. Hegemonieprojekte sind also intern nicht einheitlich und homogen – gerade weil sie die Strategien unterschiedlicher Akteur_innen miteinander verknüpfen, die im Rahmen desselben übergreifenden Ziels unterschiedliche Taktiken verfolgen können (vgl. Jessop 1990: 204ff.). Diese Fraktionen können Klassen- beziehungsweise Kapitalfraktionen mit spezifischen Interessen sein, aber auch Akteur_innen mit unterschiedlichen Vorstellungen über das Geschlechterarrangement innerhalb eines Hegemonieprojekts. Es kann sich aber auch um Fraktionierungen aufgrund von räumlich unterschiedlichen Verankerungen der Akteur_innen eines Hegemonieprojektes handeln (vgl. Macartney 2009) und schließlich um unterschiedlich radikale politische Strategien, die dennoch eine gemeinsame Richtung oder Komplementarität teilen. Poulantzas hat herausgearbeitet, dass der Zusammenhalt der herrschenden Kapitalfraktionen immer fragil ist und davon abhängt, ob es einer Fraktion gelingt, die eigenen Vorstellungen hegemonial durchzusetzen und die konkurrierenden Fraktionen erfolgreich einzubinden (Poulantzas 2002/1978: 168). Analog dazu lässt sich sagen, dass es auch *innerhalb* eines Hegemonieprojekts einer Fraktion gelingen muss, unterschiedliche Protagonist_innen unter ihre Führung und mit spezifischen Kompromissen und Diskursen gemeinsam in Stellung zu bringen, damit von einem einigermaßen kohärenten Hegemonieprojekt gesprochen werden kann.

Auch deshalb ist es entscheidend, Hegemonieprojekte nicht statisch zu konzeptionalisieren. Sie sind immer Aggregationen von Strategien, mit denen bestimmte Kräfte auf *spezifische historische Situationen* rekursiv (also erfahrungsinduziert) reagieren.

1.2.4 Hegemonieprojekte und Raum

Die Internationalisierung und insbesondere die Europäisierung von Staat und Ökonomie haben die zentrale Position des Nationalstaates ökonomisch wie politisch relativiert. Nach wie vor ist der Nationalstaat aber ein privilegierter Ort, in dem Hegemonie organisiert und herausgebildet wird. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass für den Zwang, durch den der Konsens gepanzert wird, das nationalstaatliche Gewaltmonopol immer noch eine zentrale Rolle spielt. Andererseits ist es geradezu ein Kennzeichen von supranationalen Gebilden wie der EU, dass die Zivilgesellschaft, die als zentrale Sphäre in der Hegemonie hergestellt wird, allenfalls rudimentär existiert. Gleichwohl verfolgen alle von uns identifizierten Hegemonieprojekte multiskalare Strategien innerhalb des Europäischen Staatsapparate-Ensembles (und anderer transnationaler Strukturen). Transnationalisierung und Europäisierung haben also das Terrain, auf dem um Hegemonie gerungen wird, erweitert (vgl. Demirović 2001; Wissel 2007).

Der Territorialbezug der Hegemonieprojekte ist besonders wichtig, wenn man wie wir eine räumliche Transformation untersucht. Die von uns untersuchten Hegemonieprojekte unterscheiden sich in der Frage, welche territoriale Verfasstheit Europas angestrebt wird (Primat des Nationalstaats, Staatenbund, supranationaler oder föderaler europäischer ›Staat‹). Entsprechend muss die Raumdimension der jeweiligen Hegemonieprojekte in den Blick genommen werden: Welche skalaren Strategien werden verfolgt? Welcher Raum wird angestrebt/verteidigt? Wie sind die Akteur_innen innerhalb des multiskalaren europäischen Staatsapparate-Ensembles vertreten und organisiert?

1.2.5 Hegemonieprojekte und politische Projekte

Um hegemonial zu werden, versuchen Hegemonieprojekte begrenzte, konkrete politische Vorhaben durchsetzen, die wir in Anlehnung an Bieling/Steinhilber (2000) als ›politische Projekte‹ bezeichnen. Wir gehen davon aus, dass es sich bei politischen Projekten »um besondere, konkrete politische Initiativen handelt, die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen« (ebd.: 106). Beispiele sind der europäische Binnenmarkt und die Währungsunion, aber auch Projekte wie ein europäischer Grenzschutz oder die Europäisierung der Arbeitsmigrationspolitik. Um hegemonial zu werden, muss es einem Hegemonieprojekt gelingen, eine Reihe solcher begrenzter politischer Projekte so in Stellung zu bringen, dass diese zum politisch-strategischen ›Terrain‹ werden, auf dem sich ein hegemoniales Projekt verdichten kann. Das Hegemonieprojekt schafft hierdurch eine neue Selektivität des Apparat-Ensembles. Im Kampf um Hegemonie sind politische Projekte zugleich Terrain und Durchsetzungsvehikel. Analytisch ist entscheidend, dass Hegemonieprojekte nur anhand des Engagements ihrer

Akteur_innen im Kampf um konkrete Projekte analysiert werden können. Hegemonieprojekte existieren nur in der Auseinandersetzung.

1.2.6 Hegemonieprojekte im Kräfteverhältnis

Um politische Projekte hegemonial werden zu lassen, muss es den daran beteiligten Akteur_innen gelingen, verschiedene Dimensionen des sozialen und politischen Handelns zu verbinden: »materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen, ideologische Überzeugungen, Gefühle etc.« (ebd.: 106). Diese verschiedenen Aspekte verweisen darauf, dass sowohl gesellschaftliche Kräfteverhältnisse als auch Hegemonie multidimensional sind. Sie lassen sich nicht auf Klassenverhältnisse reduzieren. Kapitalistische Gesellschaften sind nicht allein durch Warenproduktion, Mehrwertaneignung und Klassenkämpfe gekennzeichnet. In Hegemonieprojekten verdichten sich Strategien entlang vielfältiger Herrschaftsverhältnisse. Diese Multidimensionalität wird deutlich, wenn man die Machtressourcen analysiert, die Hegemonieprojekten aufgrund ihrer sozialstrukturellen Verortung und ihrer strategisch-relationalen Bezugnahme auf die bestehende Selektivität des Apparate-Ensembles zur Verfügung stehen, um sich im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis durchsetzen zu können. Eine Herausforderung der Analyse besteht darin, anzugeben, worin sich diese Unterschiede begründen, welche Ressourcen im Rahmen eines erweiterten sozio-strukturellen Kontextes spezifischen Akteur_innen und Hegemonieprojekten innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zur Verfügung stehen. Wir gehen davon aus, dass die folgenden Ressourcen berücksichtigt werden müssen.

(a) *Organisatorische Ressourcen. Bürokratien, Finanzen, Militär etc.* Zunächst kann man sogenannte organisatorische Ressourcen unterscheiden, unter anderem Bürokratien (Zahl und Qualifizierung von Angestellten), Kontaktnetzwerke beziehungsweise Zugang zu Medien, Staatsapparaten, Eliten (soziales Kapital); finanzielle Ressourcen; Wissen/kulturelles Kapital, aber auch die Fähigkeit Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Diese unterschiedlichen Ressourcen sind mehr oder weniger direkte Charakteristika, Fähigkeiten oder Attribute von Akteur_innen selbst und können von ihnen vergleichsweise unkompliziert eingesetzt oder mobilisiert werden. Zu den kontingenten organisatorischen Ressourcen gehört auch der Erfindungsreichtum bezüglich des taktischen Vorgehens, zur Wahl des richtigen Zeitpunktes und des Geschicks in der Umsetzung. Claus Offe (2006/1969: 33) hat darauf hingewiesen, dass gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen dann organisationsfähig sind, wenn es überhaupt abgrenzbare Gruppen von Personen gibt, die an der politischen Vertretung ihrer spezifischen Bedürfnisse interessiert sind. Diese Bedürfnisse müssen ihren Mitgliedern zudem hinreichend deutlich und wichtig sein, so dass sie bereit sind, die benötigten Ressourcen beizusteuern.

(b) *Systemische Ressourcen*: Mit systemischen Ressourcen beschreiben wir die Fähigkeit von Akteur_innen, Entscheidungen zu treffen, die systemrelevante Konsequenzen haben. Wir stützen uns damit auf ein weiteres Argument von Offe (2006/1969: 34) zum Begriff der »Konfliktfähigkeit«. Danach sind jene Akteur_innen konfliktfähig, die in der Lage sind, »eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen«. Offensichtliches Beispiel ist die Kapazität von Kapitalakteuren, Entscheidungen über Investitionen zu treffen, über Arbeitsplätze, Standortansiedlungen und -verlagerungen. Offe argumentiert, dass neben dem Kapital auch die organisierte Arbeiterschaft (Gewerkschaften) in Schlüsselbranchen in diesem Sinne konfliktfähig ist, weil sie durch Streiks in der Lage ist, eine systemrelevante Tätigkeit vorzuenthalten. Daneben können Akteur_innen konfliktfähig werden, die nicht direkt mit dem kapitalistischen Produktionsprozess verbunden sind, aber zum Beispiel die Zirkulation von Waren und Verkehr stören, beispielsweise Straßenblockaden von »Piqueteros« in Argentinien² oder streikende LKW-Fahrer_innen. Denkbar wäre auch, dass Frauen die von ihnen geleistete, unentgeltliche Reproduktionsarbeit verweigern oder dass migrantische Arbeiter_innen sich gegen die rassistischen Gesellschaftsstrukturen zu Wehr setzen, in denen sie schlecht bezahlte und mit wenig Anerkennung verbundene Arbeiten übernehmen müssen (vgl. Bojadžijev 2008; Karakayali 2008). Ganze Sektoren könnten so lahmgelegt werden.

(c) *Diskursive, ideologische und symbolische Ressourcen*: Eine dritte Gruppe von Machtressourcen beschreiben wir als diskursive, ideologische oder symbolische Ressourcen. Damit meinen wir die Fähigkeit von Akteur_innen, ihre Anliegen, Interessen, Vorschläge, Strategien mit akzeptierten, anerkannten Diskursen mit hohem symbolischen Kapital zu verbinden, etwa mit dem Menschenrechtsdiskurs. Diskursive oder symbolische Ressourcen beschreiben die Fähigkeit, die eigene Situationsanalyse, die Ziele und Strategien in einer Weise zu artikulieren, die akzeptiert ist, die durch möglichst große Gesellschaftsteile oder entscheidende Akteur_innen, soziale Kräfte oder Institutionen anerkannt ist. Wenn es Akteur_innen gelingt, ihre spezifischen politischen Projekte mit vertrauten Symbolen, dominanten Diskursen oder Massenloyalität zu verbinden, dann wird ihre Stellung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gestärkt.

(d) *Institutionelle beziehungsweise strategische-strukturelle Selektivitäten*: Eine weitere Ressource sind »institutionelle Selektivitäten«. Aufbauend auf Poulantzas' Begriff der »strukturellen Selektivitäten« und Bob Jessops Weiterentwicklung als »strategische Selektivitäten«, denken wir, dass die Machtressourcen eines Projektes auch davon abhängen, inwiefern beziehungsweise zu

2 | Damit sind Demonstrant_innen gemeint, die durch Straßen- und Unternehmensblockaden auf ihre hoffnungslose ökonomische Situation aufmerksam machen wollen. Die zentralen Aktionsformen sind die »Piquetes«: illegale Straßenblockaden.

welchem Grad die Ziele und Strategien seiner Akteur_innen mit jenen Selektivitäten korrespondieren, die tief verankert sind in sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen. Diese institutionellen Selektivitäten müssen als formbestimmte materielle Verdichtungen früherer Konfigurationen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, Strategien und Kämpfe verstanden werden. Strategische Selektivitäten können auf unterschiedlichen Scales operieren, unter anderem durch den Grad ihrer Verbindung zu Selektivitäten, die in Gesetzen, Regeln, Normen, Staatsapparaten, Verwaltungsvorschriften, Märkten oder anderen Institutionen verankert sind. Entscheidend ist zudem die Verankerung in Alltagspraktiken und Dispositiven wie Heteronormativität oder hegemonialem Weißsein.

1.2.7 Hegemonie und Nicht-hegemonieorientierte Praktiken

Schließlich ist es nötig, die analytische Reichweite, die Geltung des Begriffs der Hegemonieprojekte zu präzisieren und einzuschränken. Hegemonieprojekte sind nicht als Entitäten zu begreifen, in denen die Dynamik gesellschaftlicher (Kräfte-)Verhältnisse vollständig aufgeht. Nicht alle gesellschaftlichen Kräfte, nicht alle Handlungen, Praktiken und Strategien lassen sich begrifflich in Hegemonieprojekte zusammenfassen. Nicht alle Akteur_innen handeln hegemonieorientiert und viele Praktiken und Handlungen gehen nur sehr indirekt in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein. Herrschaft lässt sich nicht auf intentionale Strategien verkürzen. Bourdieu hat mit seinem Habitusbegriff zu Recht darauf hingewiesen, dass es strategische Praktiken gibt, die weitgehend unbewusst und implizit vollzogen werden (vgl. Bourdieu 1982, 283).

Gesellschaftliche Akteur_innen können unterschiedlich auf eine von ihnen abgelehnte hegemoniale Konstellation reagieren. Wir haben vier mögliche Verhaltensweisen ausgemacht:

1. *Gegenhegemoniale Strategien.* Hierbei handelt es sich um den Versuch, eine alternative Form der Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen. Ein Projekt des radikalen Reformismus, in dem auch grundlegende gesellschaftliche Strukturen thematisiert und verändert werden sollen, könnte hier verortet werden. Gegenhegemonial ist aber auch jede andere Strategie zur Etablierung einer anderen Hegemonie, ob progressiv, konservativ oder reaktionär.

2. *Antihegemoniale Strategien.* Hierbei geht es um Strategien, die Hegemonie als Form bürgerlicher Herrschaft grundsätzlich ablehnen. Hegemonie impliziert politische Führung und damit ein hierarchisches Verhältnis. Antihegemoniale Bewegungen müssen sich gleichwohl im Modus der Hegemonie bewegen, wollen sie politisch relevant werden und die eigene Position verallgemeinern. Es handelt sich etwa um radikal herrschaftskritische, anarchistische Strategien, die sich den Verfahren bürgerlicher Politik verweigern und stattdessen versuchen, »außerhalb« der kapitalistischen Gesellschaftsformation alter-

native Räume, Lebensweisen und Praktiken der Produktion und Reproduktion zu etablieren (Subsistenzwirtschaft, Kommunen, Soziale Zentren, Tauschringe etc.). Diese Kämpfe können als antihegemoniale Kämpfe um Hegemonie bezeichnet werden. Hierin drückt sich das alte Problem aus, dass ›Aufklärung‹ Hierarchien abbauen will, selbst aber ein hierarchisches Verhältnis impliziert. Es geht um Führung, ohne zu führen, darum, ›die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen‹ (Holloway 2002).

3. *Escape-Strategien*. Neben solch politisch gezielten antihegemonialen Strategien, existieren vielfältige, (alltägliche) Praktiken, die sich einer hegemonialen Ordnung, ihren Regeln und Zwängen zwar verweigern, sie umgehen, vermeiden, austricksen oder untergraben, ohne jedoch die Verallgemeinerung dieser Praktiken gezielt politisch anzustreben. In unserem Untersuchungsfeld ging es hierbei vor allem um migrantische Praktiken der Mobilität, ihre »Eigensinnigkeit« (Benz/Schwenken 2005) beziehungsweise die relative »Autonomie der Migration« (Bojadžijev/Karakayali 2007), mit der Migrant_innen Grenzen überqueren, sich Rechte aneignen und ihr Überleben organisieren. Die Bewegungen der Migration versuchten nicht, ihre Interessen und eine spezifische Weltanschauung zu universalisieren oder politische Projekte durchzusetzen. Sie agieren nicht politisch gegen die Migrationskontrollen. Papadopoulos, Stephenson und Tsianos (2008) fassen dies als »Flucht« oder »Escape«: »Escape-Praktiken stehen nicht im Widerspruch zu oder sind gegen die Kontrollregime, in denen sie entstehen; Escape-Praktiken verraten die Kontrollregime, indem sie ihr Terrain evakuieren« (ebd.: 75, Übers. d. Verf.). Entscheidend ist hier, dass solche Praktiken zwar nicht direkt in die Hegemonieprojekte eingehen, dass sie aber dennoch wirkmächtig sind, indem sie die gesellschaftlichen Kräfte und ihre Hegemonieprojekte zwingen, auf sie zu reagieren: »Das Entkommen von Menschen, ihre Flucht, Subversion, Verweigerung, Desertion, Sabotage oder schlicht Handlungen, die jenseits oder unabhängig von existierenden politischen Machtstrukturen stattfinden, zwingen die Souveränität, auf neue Situationen zu reagieren, die ›flüchtende‹ Menschen hervorbringen, und sich so zu reorganisieren.« (ebd.: 43, Übers. d. Verf.)

4. *Resignation*. Schließlich können große Teile der Bevölkerung auf eine hegemoniale Ordnung durch Passivität reagieren. Sie sind nicht mehr Teil des aktiven Konsenses der Hegemonie, als Passivierte aber gleichwohl herrschaftsstabilisierend (vgl. Adolphs/Karakayali 2007). Es handelt sich um diejenigen, die sich weder in einem Hegemonieprojekt finden noch in einer der anderen Strategien.

Da der Schwerpunkt unserer empirischen Forschung die Kämpfe um staatliche Politik sind, fokussiert der Begriff der Hegemonieprojekte, auf hegemonie-orientierte und gegenhegemoniale Strategien. Antihegemoniale Praktiken, Escape-Strategien und Resignation stehen nicht im Mittelpunkt. Diese

Einschränkungen sind zu berücksichtigen, um Reichweite und Aussagekraft des Begriffs nicht zu überschätzen.

2. OPERATIONALISIERUNG DER HMPA

Ausgehend von dem Konzept der Hegemonieprojekte ergibt sich die forschungspraktische Frage, wie dieser komplexe theoretische Begriff für die empirische Forschung nutzbar gemacht, wie er operationalisiert werden kann. Dies ist ein Problem, das Vielen, die mit materialistischer Staatstheorie empirisch arbeiten (wollen), vertraut sein dürfte. Konzepte kritischer Gesellschaftstheorie führen in der empirischen Forschung zu einem fundamentalen Problem von Überkomplexität. Wie genau lassen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die tendenziell *unendlichen* Akteurs- und Kräftekonstellationen, die unzählbaren Akteur_innen mit ihren Myriaden von Handlungen und Taktiken und Strategien analytisch fassen und auf den Begriff bringen? Ein zentrales Problem für die Weiterentwicklung materialistischer Staatstheorie besteht somit darin, in der empirischen Forschung einen produktiven, heuristischen Umgang mit der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse zu finden. Ein vorläufiges Ergebnis unserer Auseinandersetzung mit diesem Problem ist der von uns entwickelte Ansatz einer *historisch-materialistischen Politikanalyse* oder HMPA (vgl. Brand 2013). Dieser Ansatz operationalisiert die empirische Analyse von politischen Konflikten aus materialistischer Sicht in drei Schritten: Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse.

Je nach Fokus stehen unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche mit ihren spezifischen Selektivitäten und Eigenlogiken im Mittelpunkt einer Untersuchung: Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, apparative Verdichtungen in politischen Apparaten und im Staat, oder in den juridischen Apparaten. Die HMPA muss diesen Schwerpunkten angepasst werden. Das heißt, je nach Untersuchungsschwerpunkt, verändern sich die drei Schritte der HMPA. Stehen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Vordergrund, gehören die materiellen Verdichtungen in den politischen Apparaten und in den juridischen Apparaten zum Kontext. Stehen die politischen Apparate im Vordergrund, gehören die gesellschaftlichen und die juridischen Verdichtungen und Auseinandersetzungen in den Kontext der Untersuchung, und so weiter. Der Kontext kann, wie dargelegt, sekundäranalytisch rekonstruiert werden.

Auch die Akteurs- und Prozessanalyse verändert sich mit dem Fokus. Bei der Analyse von Auseinandersetzungen in den politischen Apparaten rücken andere Akteur_innen und Prozesse ins Zentrum als bei der Analyse der juridischen Auseinandersetzungen oder der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

2.1 Kontextanalyse

Der erste Schritt der HMPA ist die Kontextanalyse. Die Kontextanalyse hat das Ziel, den historisch-dynamischen und strukturellen Kontext des jeweils untersuchten Konfliktes herauszuarbeiten. Es geht darum, jene Elemente einer *historischen Situation* zu identifizieren, auf die soziale Kräfte und politische Akteur_innen unterschiedlich und gegensätzlich reagieren. Die Kontextanalyse muss die formbestimmte und institutionelle Pfadabhängigkeit verstehbar machen, die die strategischen Reaktionen innerhalb von Konflikten nicht determinieren, aber ko-konstituieren und strukturieren. Ihr Ziel ist es, die tieferen geschichtlichen und strukturellen Schichten des untersuchten Konflikts sichtbar zu machen, in dem beispielsweise ›Migrationspolitik‹ grundlegend mit der bestehenden Regulation des Nord-Süd-Verhältnisses zusammenhängt und sich keineswegs bloß durch abstrakte ›Push-und-Pull-Faktoren‹ begründet.

Das zentrale Anliegen der HMPA ist Herrschaftskritik. Voraussetzung hierfür ist es, Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen. Ein positivistisches Forschungsverständnis, das die Politikfelder isoliert betrachtet, würde dem durch die Ausblendung des historischen und materiellen Kontextes zuwiderlaufen. Es geht aber nicht nur darum, Herrschaft zu thematisieren, sondern auch darum zu zeigen, dass Herrschaft, so sehr sie auf gesellschaftlichen Strukturen beruht, auch das Ergebnis von kontingenten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist, dass es also auch ganz anders hätte kommen können. »Diese Doppelschlächtigkeit«, die Gesellschaft durch Strukturen bestimmt sieht und diese zugleich entmystifiziert »ist es, die den Schlüssel zum Marxverständnis als kritischer Theorie bildet« (Adorno 2001: 170).

Um dieses Ziel im Rahmen der Kontextanalyse zu erreichen, schlagen wir ein Vorgehen in mehreren Schritten vor. *Erstens* geht es darum, jene dynamischen historischen *Situationen* zu rekonstruieren, die den untersuchten Konflikt hervorgebracht haben und ihn so in seinem weiteren historischen, ökonomischen und sozialen Kontext zu verorten. Forschungsleitende Fragen könnten beispielsweise sein: Aus welcher umkämpften Dynamik entstand das politische Projekt der europäischen Währungsunion? Auf welche historische Situation reagierten Akteur_innen mit dem politischen Projekt der Unionsbürgerschaft? Aus welcher historischen Situation und Dynamik heraus reagierten Akteur_innen Anfang der 1990er Jahre in der BRD mit unterschiedlichen migrations- und asylpolitischen Strategien?

Es geht uns also um eine doppelte Kontextualisierung, bei der die Analyse von Strukturfaktoren mit einer Analyse konjunktureller Dynamiken verbunden wird. Dabei soll die Wirkmächtigkeit grundlegender sozialer Strukturen erkennbar gemacht und der untersuchte Konflikt zugleich als kontingent-konjunkturell begriffen werden. Gesellschaftliche Akteur_innen können

durch organisatorische Ressourcen, kluge Strategien und günstige Gelegenheiten die strukturellen Bedingungen verändern.

In der Kontextanalyse wird *zweitens* die Bedeutung des herausgearbeiteten Kontextes für die Kräfteverhältnisse im untersuchten Konflikt zusammengefasst und werden Schlussfolgerungen gezogen. Je nach Gegenstand und Erkenntnisinteresse der eigenen Studie, muss die Kontextanalyse unterschiedliche Formen annehmen beziehungsweise unterschiedlich gewichtet werden. Eine Möglichkeit ist, sich auf breitere gesellschaftliche Kämpfe und Kräfteverhältnisse zu konzentrieren. Auf dieser Ebene lassen sich im Rahmen der Kontextanalyse unterschiedliche *historisch-strategische Prozesse* identifizieren, welche zusammengefasst zentrale Elemente der historischen Situation benennen, auf die Akteur_innen mit politischen Projekten institutioneller Veränderung strategisch-rekursiv reagieren. Bei der Analyse von politischen und juristischen Apparaten erscheinen die Hegemonieprojekte meist nicht in unmittelbarer Form. Sie werden vielmehr unter der Dominanz eines bestimmten Hegemonieprojektes durch juristische und Staatsintellektuelle vermittelt.

2.2 Akteursanalysen

Der zweite Schritt der HMPA ist die Akteursanalyse. Sie stellt die entscheidende Frage, wie und warum gesellschaftliche Kräfte und politische Akteur_innen *unterschiedlich* und *gegensätzlich* auf diese Situation, auf das in ihr angelegte ›Problem‹ *reagiert* haben. Vereinfacht gesagt, recherchiert die Akteursanalyse, was gesellschaftliche Akteur_innen in Bezug auf den untersuchten Konflikt gesagt und getan haben und arbeitet so die im Konflikt präsenten und konfligierenden Strategien heraus. Die Herausforderung liegt hierbei darin, die ›innere Heterogenität‹ von Akteur_innen wie Gewerkschaften, Verbänden oder den politischen Parteien einzufangen. So steht beispielsweise die progressive migrationspolitische Position von Gewerkschaften (beziehungsweise der entsprechenden Abteilung) im Widerspruch zur (stillschweigenden) Befürwortung von Abschottungsstrategien im gesamtwirtschaftlichen Kontext (vgl. den Beitrag von Ressel in d. Bd.). Eine Zuordnung von Akteursstrategien zu Hegemonieprojekten muss dieser Heterogenität Rechnung tragen. Dies kann dazu führen, dass verschiedene Akteur_innen innerhalb einer Organisation unterschiedlichen Hegemonieprojekten zugeordnet werden müssen. Hiervon ausgehend identifiziert und analysiert die Akteursanalyse mehrere Konstellationen oder implizite Koalitionen oder Verknüpfungen von gesellschaftlichen Kräften, die im untersuchten Konflikt relevant waren. Das unmittelbare Ziel der Akteursanalyse ist es, Komplexität zu reduzieren. In der Akteursanalyse werden Thesen aufgestellt über die spezifische Konstellation von sozialen Kräften, die in einem spezifischen Kontext aufeinandertreffen, sich verbünden, bekämpfen und Kompromisse schließen.

2.2.1 Strategieanalyse.

Die Akteursanalyse beginnt damit, die gegensätzlichen Strategien zu identifizieren, mit denen gesellschaftliche Kräfte rekursiv auf die in der Kontextanalyse herausgearbeitete historische Situation beziehungsweise auf die zentralen Probleme und Fragen im Mittelpunkt des Konfliktes reagiert haben. Dazu gehört auch, die spezifischen ›Situationsanalysen‹ und Ziele (Wissen, Diskurs) herauszuarbeiten, welche die gegensätzlichen Strategien durchdringen und die daraus resultierenden politischen Rationalitäten konstituieren. Auf der Basis der recherchierten konfliktbezogenen Aussagen, Handlungen, Taktiken und Analysen muss die Forscherin die unterschiedlichen und konfligierenden Strategien herausarbeiten.

2.2.2 Analytische Aggregation zu Hegemonieprojekten

Anschließend müssen die herausgearbeiteten Strategien und ihre Protagonist_innen in unterschiedliche Hegemonieprojekte zusammengefasst werden. Indem die Forscherin eine Reihe von Hegemonieprojekten unterscheidet, stellt sie die These auf, dass die unter diesem Hegemonieprojekt begrifflich gefassten Handlungen, Praktiken und Akteur_innen komplementäre Strategien verfolgen. Eine solche Unterscheidung von Hegemonieprojekten muss auf einer empirischen Erforschung beziehungsweise einer tiefen Kenntnis des untersuchten Konflikts beruhen. Ein solches Verständnis kann nur teilweise auf der Basis von Sekundärquellen erlangt werden, obwohl forschungspraktische Gründe teils keine andere Wahl lassen. Wenn möglich, sollte sich die Unterscheidung von Hegemonieprojekten auf Primärquellen (Presse und andere Medien; Positionspapiere; Presseerklärungen; Protokolle), graue Literatur und möglicherweise ›Feldforschung‹ (Expert_innen-Interviews,³ teilnehmende Beobachtung) stützen.

2.2.3 Analysieren der Hegemonieprojekte

Drittens müssen die identifizierten Hegemonieprojekte entlang einer Reihe von Kategorien analysiert und beschrieben werden:

(1) Zunächst muss dafür die spezifische *Situationsanalyse* eines Hegemonieprojektes skizziert werden, also jene Elemente eines Diskurses, die beschreiben, was und wer eigentlich als Problem gilt und was als Ursache des Problems identifiziert wird. Dazu gehört die Frage, auf welcher räumlichen Bezugsebene das Problem gelöst werden soll. Damit fokussiert die Analyse auf das spezifische ›Wissen‹ der Akteur_innen. (2) Danach muss das grundlegende strategische *Ziel* des Hegemonieprojekts herausgearbeitet werden. Darunter verstehen wir nicht das taktische Ziel innerhalb des untersuchten

3 | Unter Expert_innen verstehen wir alle an den Auseinandersetzungen beteiligten Akteur_innen (vgl. Bogner/Littig/Menz 2005: 7ff.; Meuser/Nagel 1991: 443)

Konfliktes. Zum Beispiel zielt das neoliberale Projekt zwar auf eine liberalisierte Migrationspolitik, doch ist dies letztlich nur Mittel zum Zweck der Bereitstellung flexibler und billiger Arbeitskräfte. (3) Aus der Situationsanalyse und dem grundlegenden *Ziel* ergibt sich die zentrale Strategie des Hegemonieprojekts. So bildet sich eine eigene politische Rationalität heraus, die sich auf den untersuchten Konflikt und die eingeschlagene skalare Ausrichtung bezieht. Analytisch erkennbar wird die zentrale Strategie eines Hegemonieprojekts in den politischen Projekten, die wichtige Akteur_innen in einem oder mehreren Politikfeldern verfolgen. Es ist diese *konfliktbezogene Strategie*, die letztlich die ›Zugehörigkeit‹ eines Akteurs zu einem jeweiligen Hegemonieprojekt bestimmt. Mit ›Strategie‹ bezeichnen wir hier die zentrale Reaktion der Kräfte auf das in der Kontextanalyse herausgearbeitete Problem, auf die spezifische historische Situation. (4) Schließlich sollten die zentralen Akteur_innen des Hegemonieprojekts benannt werden, also Gruppen, Organisationen, Verbände, Parteien beziehungsweise Vereinigungen oder Flügel innerhalb von Parteien, soziale Bewegungen, Medien, Think Tanks, Netzwerke, Unternehmen, Kapitalfraktionen und deren Sprecher_innen. Bezogen auf die Darstellung von Situationsanalysen, Zielen und Strategien muss die Klassifizierung dieser Akteur_innen begründet und belegt werden.

Zur Frage der (zentralen) Akteur_innen eines Hegemonieprojekts gehört auch das Problem der Konfliktlinien und räumlichen wie politischen Fraktionierungen innerhalb eines solchen Projekts. Innerhalb eines Hegemonieprojekts wird es in jedem Fall unterschiedliche Situationsanalysen und zu einem gewissen Grad auch unterscheidbare Ziele geben. Es ist wahrscheinlich, dass solche Differenzen unterschiedliche ›Fraktionen‹ innerhalb eines Hegemonieprojekts umreißen.

2.2.4 Analyse des Kräfteverhältnisses

Viertens geht es bei der Akteursanalyse darum, eine Einschätzung der relativen Position der Hegemonieprojekte im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis im untersuchten Konflikt zu entwickeln. Die Machtressourcen der Hegemonieprojekte spielen hier eine wichtige Rolle. Dies ist aus mehreren Gründen schwierig: Die Stellung im Kräfteverhältnis ist immer eine relationale, abhängig von und bezogen auf andere Kräfte und den konkreten Konflikt sowie auf die Verhältnisse *zwischen* den verschiedenen Akteur_innen und Hegemonieprojekten. Trotz der prominenten Stellung des Begriffs der ›Kräfteverhältnisse‹ ist aus materialistischer Sicht kaum systematisch erforscht worden, woraus genau sich diese Kräfte speisen oder wie genau sich die relationale Stellung im Kräfteverhältnis bestimmen lässt. Bereits Gramsci hat auf dieses Problem hingewiesen:

»Man liest in den Geschichtserzählungen oft den allgemein gehaltenen Ausdruck: für diese oder jene Tendenz günstige oder ungünstige Kräfteverhältnisse. Derart abstrakt erklärt diese Formulierung nichts oder fast nichts, weil damit nur die Tatsache wiederholt wird, die erklärt werden soll, indem sie einmal als Fakt und einmal als abstraktes Gesetz und als Erklärung hingestellt wird. Der theoretische Fehler besteht darin, eine Forschungs- und Interpretationsregel als »geschichtliche Ursache« auszugeben.« (Gramsci 1991ff.: 1559)

Wie gezeigt, »besitzen« Hegemonieprojekte und ihre Akteur_innen äußerst unterschiedliche Machtressourcen, und ihre Positionen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis sind ungleich. Eine Herausforderung der Analyse besteht vor diesem Hintergrund darin, anzugeben, wie sich diese Ungleichheiten äußern und welches die Mechanismen und Dynamiken sind, die dazu geführt haben, dass einige Akteur_innen eine stärkere Position in den Kräfteverhältnissen haben und andere marginalisiert sind. Kurz: Die Forscherin muss beurteilen, bewerten oder einschätzen, welche Position ein Hegemonieprojekt innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einnimmt. Ein solches Urteil kann auf der Analyse der »Machtressourcen« basieren und auf den Ergebnissen der oben dargestellten historisch-materialistischen »Kontextanalyse«.

2.3 Prozessanalyse

Der dritte Teil der HMPA ist die Prozessanalyse. Die Prozessanalyse kombiniert die ersten beiden Schritte in einer Rekonstruktion des untersuchten Konflikts in seiner Dynamik. Die Prozessanalyse rekonstruiert die komplexen Kampfprozesse, in denen sich der Konflikt durch verschiedene Phasen entwickelt. In der Einteilung der verschiedenen Konfliktphasen müssen unterschiedliche Faktoren und Dynamiken berücksichtigt werden: die rekursiv-strategischen Handlungen, Praktiken und Taktiken der Protagonist_innen des Konflikts; die Signifikanz und spezifische »Artikulation« von strukturellen Bedingungen, die in der Kontextanalyse identifiziert wurden; und schließlich Erkenntnisse über die relative Position der am Konflikt beteiligten Hegemonieprojekte im Kräfteverhältnis.

Je nach der gewählten Perspektive und dem spezifischen Erkenntnisinteresse der Untersuchung (gesellschaftliche, politische oder juristische Ebene) muss die Prozessanalyse unterschiedliche Formen annehmen. Der Fokus kann also unterschiedlich gesetzt werden: Von den verschiedenen Problemdefinitionen beteiligter Akteur_innen über die gegensätzlichen politischen Projekte zu ihrer Lösung und den sich daraus ergebenden Konflikten bis zur vorläufigen und dann mehr oder minder stabilen Verdichtung der Kräfteverhältnisse in diesem Konflikt in den Institutionen, Gesetzen oder Staatsapparaten.

2.4 Forschungspraktische Einschränkungen

In den vorhergehenden Abschnitten haben wir versucht, die Ergebnisse der von uns geführten Diskussionen über eine historisch-materialistische Politikanalyse darzustellen. Diese Vorgehensweise stellt zunächst nicht die Frage nach den Ressourcen der Forscherin oder des Forschungsprojekts. Wir sind uns bewusst, dass viele der vorgeschlagenen Analyseschritte in der Praxis an den limitierten Ressourcen scheitern. Insofern sind sie als Vorschläge zu betrachten, die je nach Perspektive und den zur Verfügung stehenden Ressourcen umgesetzt werden oder für spätere Präzisierungen zurückgestellt werden müssen. Dies gilt auch für unsere eigenen Forschungsarbeiten. Wir konnten bei Weitem nicht alle von uns aufgeführten Schritte in der von uns gewünschten Tiefe durchführen. Daran weiter zu arbeiten, obliegt kommenden Forschungsprojekten.

